

2018-01-08

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 23.11.2017

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:19 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras**, begrüßte die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste, stellte die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit neun anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde ohne Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

3 Genehmigung der Niederschriften vom 09.08.2017, 30.08.2017 und 27.09.2017

Im Folgenden wurden die drei Niederschriften einzeln zur Abstimmung aufgerufen:

Niederschrift vom 09.08.2017:

Die Niederschrift vom 09.08.2017 wurde mit zwei Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 07:00:02

Niederschrift vom 30.08.2017:

Die Niederschrift vom 30.08.2017 wurde mit zwei Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 07:00:02

Niederschrift vom 27.09.2017:

Die Niederschrift vom 27.09.2017 wurde mit zwei Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 07:00:02

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die in der Sitzung vom 27.09.2017 gefassten Beschlüsse bekannt:

- **Jahresabschluss 2016 der MVZ SKD GmbH**
Vorlage: BV/332/2017/II-20BTM
- **Abrechnung der Zielvereinbarungen 2016 mit der Geschäftsführung der MVZ SKD GmbH**
Vorlage: BV/335/2017/II-20BTM
- **Unternehmensangelegenheiten**
Gründung oder Erwerb einer GmbH für Aktivitäten der DVV Stadtwerke außerhalb des Stadtgebietes Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/347/2017/I-OB
- **Grundstücksangelegenheit**
Zustimmung zum Verkauf einer kommunalen Teilfläche in Dessau-Roßlau, Ortsteil Mildensee
Erteilung einer Belastungsvollmacht
Vorlage: BV/307/2017/IV-80

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

6 Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht vorgebracht.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Stellungnahmen der Fraktionen zum Sitzungskalender 2018

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass es wie im vergangenen Jahr eine schwierige Aufgabe war, den Sitzungskalender zusammenzustellen. Auch die Ort-

schafts- und Stadtbezirksbeiräte waren zu berücksichtigen. Vor allem musste beachtet werden, dass der nötige Vorlauf zu den Stadtratssitzungen besteht. Folglich musste die Anzahl der Stadtratssitzungen gegenüber den Vorjahren verringert werden. Er habe gehört, dass sich manch ein Ausschussvorsitzender mehr Sitzungen wünscht.

Bei einer größeren Besprechung mit den Ortsbürgermeistern und Vorsitzenden der Stadtbezirksbeiräte habe sich insbesondere in Bezug auf die Stadtbezirksbeiräte eine Diskussion ergeben, da diese mit der Reduzierung derer Sitzungen unzufrieden waren. Jedoch werde nicht festgelegt, wie oft diese tagen können, dies können sie selbst entscheiden.

Der Oberbürgermeister plädierte dafür, keine großen Änderungen vorzunehmen und bot an, eine Stadtratssitzung zum Thema Haushalt einzufügen. Für weitere Ausführungen übergab er das Wort an **Frau Hartung, Leiterin des Referates des Oberbürgermeisters**.

Sie gab an, dass Herr Stadtrat Weber sie telefonisch kontaktiert und seinen Wunsch nach mehr Stadtrats- und Ausschusssitzungen geäußert hat. Sie habe ihm geschildert, dass von den 365 Tagen in 2018, alle Tage abgehen, an denen keine Sitzungen durchgeführt werden können, d. h. alle Montage wegen der Fraktionssitzungen, sowie alle Freitage, Ferien, Feiertage und stille Feiertage. Nach Abzug derer bleiben 108 Tage übrig, an denen Sitzungen durchgeführt werden können. In diesem Jahr wurden 128 Sitzungen durchgeführt. Das sind mehr Sitzungen als verfügbare Tage, wodurch Überschneidungen entstanden sind. Um diese zu verhindern, sei die einzige Möglichkeit, weniger Sitzungen durchzuführen. Deswegen wurde ein kompletter Turnus gestrichen, d. h. eine Stadtrats- und Ausschusssitzung weniger. Bei Notwendigkeit könnten Sondersitzungen angeboten werden. Außerdem sei Ende Januar eine zusätzliche Stadtratssitzung zum Haushalt möglich. Sie müsste dementsprechend, falls erforderlich, eine andere Sitzung verschieben.

Herr Oberbürgermeister Kuras gab an, die Notwendigkeit bisher nicht zu sehen. Am 13.12.2017 werde der Haushaltsausschuss tagen. Wenn es in der Sitzung gelingt, die Eckpunkte des Haushaltes festzulegen, wird keine weitere Stadtratssitzung benötigt. **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, fügte hinzu, dass alle Fachausschüsse im Vorfeld der ersten Stadtratssitzung in 2018 tagen werden, dazu werde der gesamte Januar und ein Teil des Februars benötigt. Wenn der Haushalt in der ersten Stadtratssitzung beschlossen wird, so werde keine weitere Sitzung gebraucht. Sollte der Termin jedoch nicht eingehalten werden können, da die Haushaltsverhandlungen schwierig werden, sollte darüber nachgedacht werden, eine weitere Sitzung zwischen dem 28.02.2018 und 18.04.2018 einzuberufen.

Frau Hartung schlug auf Nachfrage des Oberbürgermeisters den 07.03.2018 als Zusatztermin vor.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, gab an, dass seine Fraktion die Reduzierung der Sitzungen skeptisch betrachtet, da Verzögerungen von Prozessen befürchtet werden. Zudem seien drei stille Feiertage im bisher vorliegenden Sitzungskalender getroffen worden, die für manch einen wichtig seien: so der Aschermittwoch, Allerheiligen sowie der Buß- und Betttag. **Herr Oberbürgermeister Kuras** wies daraufhin, dass ohne diese drei Tage noch größere Engpässe entstehen würden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies auf die sehr hohe Anzahl von Vorlagen für die kommende Stadtratssitzung am 06.12.2017. Er halte die Anzahl der Sitzungen für zu wenig. Man werde um diverse Sondersitzungen nicht umhinkom-

men. Bei den Ortschaftsräten sei ein Turnus von 8 Wochen zu lang, es laufen in der Zeit Probleme auf, die man auf kurzem Wege klären möchte. Auch wird die Atmosphäre bzw. das Zusammengehörigkeitsgefühl gestört. Dies solle künftig berücksichtigt werden. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erinnerte daran, dass die Stadtbezirksbeiräte gegründet wurden, um eine Balance zwischen den Ortschaften und der Innenstadt zu schaffen. Man habe sich damit jedoch einen nicht unerheblichen Termin- bzw. Sitzungszwang geschaffen. Darüber hinaus erinnerte er an die letzte Stadtratssitzung, bei der erst um 18.15 Uhr mit der Behandlung der ersten Vorlage begonnen wurde. Der Tagesordnungspunkt Anfragen und Informationen werde von Stadträten dafür genutzt, Dinge bekannt zu geben oder zu hinterfragen, die zwischen der Verwaltung und dem Anfragenden bilateral geklärt werden könnten. Er stellte klar, dass er die Stadträte nicht disziplinieren oder davon abhalten möchte, Fragen zu stellen, jedoch sei es sehr zeitaufwendig. Wenn man sich disziplinieren würde, wäre es ein Zeitgewinn.

Herr Adamek erwiderte, dass die Ausschuss-Sitzungen durch den jetzigen Sitzungskalender länger dauern werden. Er befürchtete, dass diverse Stadtratssitzungen an die 22 Uhr-Grenze geraten. Bei der Einrichtung von mehr Ausschuss-Sitzungen würde die Synchronisation mit den Stadtratssitzungen nicht mehr gelingen können, gab **Herr Oberbürgermeister Kuras** zu bedenken. Daher schlug er vor, den Sitzungskalender zunächst so zu lassen, wie er ist. Sollte in 2018 festgestellt werden, dass es pressiert, müsse über Sondersitzungen nachgedacht werden. Wenn sich alle etwas disziplinieren, müsste es zu schaffen sein.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gab wieder, dass seine Fraktion beim alten Rhythmus bleiben möchte, das gelte ebenso für die Stadtbezirksbeiräte. **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, sagte ebenfalls, dass seine Fraktion den Sitzungsrhythmus der Ortschafts- und Stadtbezirksbeiräte beibehalten möchte. **Frau Hartung** entgegnete, den Ortschafts- und Stadtbezirksbeiräten bereits mitgeteilt zu haben, dass die Beibehaltung in Ordnung ist. **Der Oberbürgermeister** fügte hinzu, dass sie niemand davon abhalten wird, Sitzungen abzuhalten, ohne Vorlagen auf der Tagesordnung zu haben. Schwerwiegender sei die Frage, ob die Ausschüsse zu viel werden würden. Sein Terminkalender sei bereits jetzt derart überfüllt, dass er einige Termine an Frau Nußbeck abgeben musste.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, es sei dringend nötig, den Prozess von planmäßigen Beschlussvorlagen etwas früher einzuleiten. Dies falle ihm insbesondere in Bezug auf Bauvorlagen auf. Vieles dauere verwaltungstechnisch zu lange. **Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, fasste zusammen, dass im ersten Kalenderhalbjahr des Jahres 2018 eine Ausschuss- bzw. Stadtratssitzung weniger geplant wurde. Das zweite Halbjahr sei wie in 2017. Daher solle bereits im Sommer 2018 entschieden werden, ob der Rhythmus für 2019 wieder geändert wird. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erwiderte, dass es ihm sehr entgegen kommen würde. **Frau Hartung** erklärte, sie bereite den Sitzungskalender bereits im Sommer vor. Der 07.03.2018 solle unter Vorbehalt als möglichen Stadtratstermin vorgemerkt werden, so der **Oberbürgermeister** weiter. Der Termin könne bei Bedarf auch für einen Ausschuss genutzt werden. **Herr Dr. Melchior** gab zu bedenken, dass der Termin nur eine Woche nach einer anderen Stadtratssitzung ist und der Abstand zu gering sei. Wenn es sich um den Haushalt handelt, spiele es keine Rolle, so der **Oberbürgermeister**. Er fragte, ob der 21.03.2018 möglich sei. An dem Tag ist bereits eine Sitzung des Betriebsausschusses des Anhaltischen Theaters geplant, so **Frau Hartung**. Die Sitzung lasse sich jedoch vermutlich verschieben. **Herr Adamek** verwies auf die Möglichkeit, sich innerhalb der jeweiligen Fraktion ge-

genseitig zu vertreten, sofern tatsächlich mal eine Dopplung entsteht. Die Frage von **Herrn Eichelberg**, ob die Ortschafts- und Stadtbezirksbeiräte ihren Rhythmus behalten dürfen, wenn sie es möchten, bejahte der **Oberbürgermeister**. **Herr Eichelberg** fragte weiter, ob die Verwaltung zu den zusätzlichen Sitzungen zur Verfügung steht. **Herr Oberbürgermeister Kuras** sagte dies zu, soweit es möglich ist. Die Anzahl der Mitarbeiter des Referatsleiters für Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten, Herrn Mosch, sei begrenzt.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm erinnerte daran, dass circa 44 Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung der Dezembersitzung in 2016 standen, letztendlich habe die Verwaltung glücklicherweise rund 5 Vorlagen zurückgezogen. In diesem Jahr seien circa 30 Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung – dies lasse hoffen.

Herr Oberbürgermeister Kuras wiederholte, dass der 21.03.2018 für eine Stadtrats- oder Ausschuss-Sitzung fakultativ vorgemerkt werde.

Während des Tagesordnungspunktes erschien **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, um 16:44 Uhr zur Sitzung.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Eichelberg sprach das Grab des verstorbenen Ministerpräsidenten Heinrich Deist im Ortsteil Mosigkau an. Bisher habe die SPD-Fraktion die Grabpflege übernommen, da es keine Verwandten mehr gibt. Nun will die kirchliche Gemeinde zu Mosigkau die Mauer hinter dem Grab so versetzen, dass das Grab davon betroffen wäre, welches zudem 2020 ausläuft. Daher solle seitens der Stadt und der Politik überlegt werden, es als Ehrengrab zu würdigen. Heinrich Deist war der letzte frei gewählte Ministerpräsident des Freistaates Anhalt.

In der Tat sollte überdacht werden, aus dem Grab ein Ehrengrab zu machen, so der **Oberbürgermeister**. Der Friedhof gehöre zur Kirchengemeinde Mosigkau. Er werde den Kirchenpräsidenten zur Lösung des technischen Problems ansprechen, sodass das Grab erhalten bleibt. Anschließend müsse entschieden werden, ob man daraus ein Ehrengrab macht. Im Hinblick auf den Haushalt sehe er es kritisch, jedoch sei es unfraglich, dass Herr Deist es verdient hätte. **Herr Eichelberg** gab an, mit der SPD-Landtagsfraktion in Verbindung zu stehen, um vom Landtag finanzielle Unterstützung zu erhalten. Dazu müsse von den entsprechenden Gremien zunächst grundsätzlich entschieden werden, ob das Grab als Ehrengrab erhalten werden soll. Für die finanzielle Unterstützung habe er bereits eine Zusicherung der Landes-SPD erhalten, die eintreten wird, wenn die Landesregierung das Vorhaben nicht unterstützt. Nächstes Jahr wäre der 55. Todestag, anlässlich dessen sei eine solche Ehrung wünschenswert. Zum 50. Todestag hatte die Landes-SPD eine Tagung durchgeführt, berichtete der **Oberbürgermeister**. Er schlug vor, zusammen mit Herrn Eichelberg mit dem Kirchenpräsidenten und der örtlichen Gemeinde eine Begehung des Grabes durchzuführen und diese mit Fotos zu dokumentieren, welche dann im Ausschuss präsentiert werden können. In den letzten 15 Jahren habe die SPD-Fraktion die Grabpflege übernommen, sagte **Herr Eichelberg** abschließend.

Herr Dr. Melchior sagte in Richtung Frau Ziemba, persönliche Referentin der Beigeordneten für Finanzen, er habe zur Einführung der digitalen Sitzungsunterlagen angeregt, ein Register einzurichten, in dem alle Anfragen der Stadträte eingestellt werden. Derzeit werden die Antwortschreiben stets per Mail verschickt und gehen unter.

Er schlug daher vor, eine zusätzliche Kategorie oder dergleichen einzurichten, um auch zu einem späteren Zeitpunkt danach suchen zu können. **Frau Nußbeck** teilte mit, dass es nicht im Ratsinformationssystem hinterlegt werden kann. Nur dafür sei Frau Ziemba die Ansprechpartnerin. Es werde, wenn dann anders organisiert. Sicherlich sei es auf der Internetseite der Stadt über einen normalen Ordner, auf den die Stadträte Zugriff haben werden, möglich. Hierzu müssen organisatorische Regelungen getroffen werden. Es sei eine Datenbank einzurichten, so der **Oberbürgermeister**. **Herr Dr. Melchior** bat darum, die Dokumente in einer recherchierbaren Form abzulegen. Dies würde einiges erleichtern, man müsse nicht mehr Tausende von Emails durchschauen. **Herr Oberbürgermeister Kuras** nahm den Prüfauftrag entgegen. **Herr Dr. Melchior** bat darum, die Anfragen der letzten zwei Jahre bzw. der aktuellen Legislaturperiode zu hinterlegen. Der Fülle der Anfragen wegen schlug er die Nutzung eines Auszubildenden oder Praktikanten vor.

Herr Dr. Melchior berichtete, dass seitens der Fraktionen überlegt wurde, bezüglich der Schule für Körperbehinderte in der Kreuzbergstraße, Dessau einen Stadtratsbeschluss herbeizuführen. Darauf sei verzichtet worden, weil die Planungsmittel bereits in den Haushalt eingestellt sind. Laut Information von Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, seien die Investitionsmittel ebenfalls berücksichtigt. **Frau Nußbeck** erklärte, dass die Investition im Haushalt 2017 noch über das STARK III-Programm eingestellt ist, man sei für 2018 jedoch nicht im Paket. Die Planungsmittel für 2018 seien im Haushaltsentwurf 2018 wieder enthalten. Zudem wurden in 2018 mehr Unterhaltungsmittel berücksichtigt. **Herr Oberbürgermeister Kuras** bekräftigte, es solle gut überlegt sein, weitere Eigenmittel für die Schule bereitzustellen, da eigentlich gewollt ist, dass das Land die Trägerschaft übernimmt. Die Frage, die zwischen den Fraktionen diskutiert worden ist, so **Herr Dr. Melchior**, ist, ob man sich auf diesen Standort konzentriert oder einen neuen wählt, um dann eine möglichst innenstadtrelevante Beschlussvorlage zu erarbeiten. **Herr Schönemann** erklärte, dass es auf jeden Fall einen Neubau geben wird. Im Zuge des zu entwickelnden innenstädtischen Quartiers solle bei der Neuordnung mit den sozialen Einrichtungen begonnen werden, bevor am Wohnraum angesetzt wird. Wenn 250.000 Euro für Planungsmittel eingestellt sind, sei vorab zu klären, ob die Schule in Landeshoheit gebaut wird. Hierzu sollte eine Verständigung mit dem Fachamt erfolgen. Wenn dies klar ist, könne eine Beschlussvorlage entwickelt werden. Diese würde er gern zusammen mit der Verwaltung auf den Weg bringen. Der Neubau sei nicht über STARK III förderfähig, so der **Oberbürgermeister**. Daher solle es gut überlegt sein. **Herr Schönemann** berichtete, dass sich die Stadträte bei der Begehung der Schule, an der fast alle Fraktionen teilgenommen haben, schlüssig waren, dass ein Neubau erzielt wird. Eine Sanierung sei bezüglich der Lage nicht zielführend. Er sei verärgert über den ungepflegten Außenzustand der Schule. Das Schulgebäude sei zu renovieren. Wenn man schnell ist, habe man in circa 5 Jahren einen Neubau, jedoch müssen die Bedingungen am jetzigen Gebäude verbessert werden, diese seien unzumutbar. Dafür müssen Unterhaltungsmittel verwendet werden, warf der **Oberbürgermeister** ein.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, stellte klar, dass ein Neubau über die angestrebte Förderung tatsächlich möglich ist, nämlich dann, wenn der Bau nicht erweitert wird, sondern wenn die Stadt einen nicht wirtschaftlich renovierbaren Bau durch einen Neubau ersetzt. Die Mittel dafür sollen aus dem Bundesinvestitionsprogramm STARK V kommen. Die kreisfreien Städte seien im STARK-Programm nun mit berücksichtigt. Mit den 250.000 Euro muss nun auch das Antragsverfahren bedient werden. Erinnernd an die Versammlung mit der Eltern-

schaft sagte Herr Krause, dass auch die Landtagsabgeordneten gesagt haben, dass das strategische Ziel, aus der Schule eine Landesschule zu machen, dauern werde. Die Eltern sind auch der Meinung, dass das nicht das oberste Ziel sein kann, sondern vorrangig A) in die jetzige Schule investiert und B) ein Neubau geplant werden muss – notwendigerweise aus Eigenmitteln, um dann als Stadt in die Investition zu gehen, falls ein Förderprojekt wieder nichts wird, statt immer nur zu warten, ob das Land die Hoheit übernimmt. Denn so klar sei dies nicht, wenn er die Landtagsabgeordneten richtig verstanden habe. Allerdings möchte er die Schule, wenn sie aus Eigenmitteln erbaut wird, nicht mehr beim Land sehen. **Herr Oberbürgermeister Kuras** entgegnete, Herr Krause sage das so leicht dahin. Das Kreditvolumen der Stadt sei am Limit. Die Schule würde mit Projekten konkurrieren, die der Stadt sowie der Politik wichtig sind. Deswegen plädierte er zur Nutzung der Unterhaltsmittel, um die Schule zu renovieren. Er stimmte Herrn Schönemann zu, dass es Fragen aufwerfe, dass nach einer relativ kurzen Zeit bestimmte Flächen und Gegenstände derart verschlissen sind. **Herr Dr. Melchior** möchte den Vorgang um die Schule am Laufen halten, ohne einen Beschluss zu initiieren. Es müsse eine Begründung erstellt werden, ob und wie ein Neubau gestaltet sein sollte. Es müsse ein verbindlicher Prozess eingeleitet werden, um die Entscheidung vorzubereiten. **Herr Otto** wies darauf hin, dass zur Unterstützung eines Ersatzneubaus durch ein Förderprogramm zunächst Zahlen nötig sind, d. h. die Sanierungs-, Betriebs- und Unterhaltskosten, sowie die des Neubaus. Nur so könne man einen Fördermittelgeber überzeugen, dass ein Ersatzneubau notwendig ist. Hinsichtlich der Eigen- oder Fördermittelverwendung sagte Herr Otto, dass die Prioritäten überdacht werden sollten. Abzuwägen sei, ob die Askanische Straße wichtiger ist als die Schule für Körperbehinderte, denn bei diesem seien Eigenmittel notwendig. Nicht zur Entscheidung zu kommen habe zur jetzigen Situation geführt. In der Innenstadt gebe es keine ausreichenden Schulplätze. Kinder aus der Innenstadt nach Kochstedt in die Schule zu fahren, sei keine Lösung. Die Schule für Geistigbehinderte sei genauso am Limit. Daher ist ein Gesamtkonzept dringend notwendig. **Der Oberbürgermeister** stimmte zu, dass schnellstmöglich verbindliche Planungszahlen vorliegen müssen. Diese müssten in den Haushaltsdiskussionen eine Rolle spielen, fügte **Herr Dr. Melchior** hinzu. **Frau Nußbeck** bekräftigte, dass die Planung bereits im Haushalt steht. **Herr Dr. Melchior** stellte klar, dass die Prioritäten in der Haushaltsdiskussion festgelegt werden müssen. **Frau Nußbeck** erklärte, dass ein aus Sicht der Verwaltung genehmigungsfähiger Haushalt eingereicht werde, der eine erhebliche Kreditaufnahme beinhaltet, die sogar die LAGA übertrifft. Es sei nur die Planung enthalten, nicht die Investition. Im Investitionshaushalt seien 50 Mio. Euro eingestellt. **Herr Otto** plädierte für umsetzungsorientiertes Arbeiten. Es müsse Schritt für Schritt gearbeitet werden, bis eine Entscheidung getroffen wird. Dazu werden zunächst die Zahlen gebraucht. **Herr Eichelberg** sprach sich ebenfalls für eine Prioritätensetzung aus. Die erste Priorität seien die Kinder, das werde sich im Haushalt widerspiegeln.

Herr Eichelberg fragte, ob er Recht in der Annahme geht, dass die DWG derzeit Tarifverhandlungen mit ver.di führt. Er habe diese Information erhalten, wisse aber nicht sicher, ob sie der Richtigkeit entspricht. **Herr Oberbürgermeister Kuras** konnte dazu keine Auskunft geben. **Frau Schlonski** entgegnete, dass Frau Passlack in der letzten Aufsichtsratssitzung gesagt hat, dass im Dezember ein Gespräch mit der Gewerkschaft geführt wird. **Herr Eichelberg** bat um Prüfung, da es eine alte Beschlussvorlage aus dem Stadtrat geben müsste, in der geschrieben steht, dass Tochterunternehmen der Stadt Dessau tariftreu sein müssen. Er wies daraufhin,

dass ein leitender Mitarbeiter der DWG ihn als Fraktionsvorsitzenden in einem Schreiben an Mitarbeiter der DWG kritisiert hat, weil er in der Stadtratssitzung davon geredet hat – und dazu stehe er nach wie vor –, dass man nach einem Austritt aus dem Arbeitgeberverband nicht mehr tarifkonform ist. Wenn dazu ein Schreiben in der Verwaltung bzw. in der DWG existiert, welches an Mitarbeiter verteilt wird, in denen er Angriffen ausgesetzt wird, bittet er die Aufsichtsratsvorsitzende um Prüfung. Es muss das Schreiben geben, er habe es auch gesehen. Er bat um Prüfung, ob es rechtskonform ist, dass ein leitender Angestellter sich das Recht herausnimmt, die Mitarbeiter anzuschreiben und irgendwelche Behauptungen über ihn zu verbreiten. **Frau Schlonski** bat um Übergabe des Schreibens. **Herr Eichelberg** gab an, es offiziell nicht zu haben. Ihm sei bekannt, dass es das Schreiben gibt. **Herr Oberbürgermeister Kuras** entgegnete, dass dies legitim sei. Er sei namentlich erwähnt worden, so **Herr Eichelberg**. Auch das könne legitim sein, wenn er richtig zitiert wurde, erwiderte der **Oberbürgermeister**. Er wurde jedoch nicht richtig zitiert, gab **Herr Eichelberg** an. Daher bat er um Prüfung. Ohne das Schreiben könne sie nicht prüfen, gab **Frau Schlonski** zu bedenken. **Herr Oberbürgermeister Kuras** sagte ihr, dass sie jedoch danach fragen könne. Es ist nicht offiziell herausgegangen. Dies bestätigte **Herr Eichelberg**, er habe es nur über Dritte erhalten. Wenn man offiziell nach dem Schreiben fragt, muss es ausgehändigt werden, wenn die Aufsichtsratsvorsitzende das möchte. Dem stimmte der **Oberbürgermeister** zu.

8 Beschlussfassungen

8.1 Auflösung der Elfriede-Kolbe-Stiftung Vorlage: BV/395/2017/II-20BTM

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.2 Risikoanalyse mit Brandschutzbedarfsplan der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/278/2017/II-37

Bei der Risikoanalyse handle es sich um eine umfassende Studie, bei der der aktuelle Stand und der Handlungsbedarf von Grund auf überprüft wurden, so der **Oberbürgermeister**. Für eventuellen Einführungsbedarf stehe Herr Kuhnhold, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, zur Verfügung.

Herr Schönemann bekräftigte, die Risikoanalyse sei so häufig und dabei eindeutig diskutiert worden, es sei eine tolle Arbeit.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.3 Zuschuss zur Förderung des Spitzensports an den Dessau-Roßlauer Handballverein von 2006 e.V. Vorlage: BV/375/2017/IV-52

Herr Dr. Melchior fragte, ob sich die Beschlussvorlage noch immer auf die Förderrichtlinie aus dem Jahr 2008 bezieht. In der Zwischenzeit sei so viel geschehen, dass er wissen wollte, wie es um eine neue Förderrichtlinie steht. **Herr Oberbürgermeister Kuras** beschwichtigte, dass eine neue Richtlinie bereits erarbeitet und in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters bestätigt wurde. Man habe von einer Kooperationsvereinbarung abgesehen. Alles über die Richtlinie zu regeln, biete mehr Transparenz.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, erklärte, dass die Sportförderrichtlinie für den Spitzensport in die nächste Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport am 10.01.2018 eingereicht werde. Bezüglich der Bezuschussung des Handballs werde sich jedoch nichts Wesentliches ändern. Die Vorlage sei nochmals konkretisiert worden, da sie im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport zurückgestellt worden ist. Daher wurde nochmal herausgearbeitet, was Spitzensport und leistungsorientierter Wettkampfsport ist und mit separaten Definitionen hinterlegt. Die Zuschüsse für den Handball seien zum Teil gesonderte Festlegungen, die im Haushalt explizit ausgewiesen worden sind, zum einen für den Verbleib in der 2. Bundesliga und zum anderen als fixen Zuschuss für den Verein. Man habe die Neufassung genutzt, um Definitionen klarzustellen, auf die Zuschusshöhe habe sie jedoch keine Auswirkungen. Die wesentlichen Änderungen der Sportförderrichtlinie seien die Zuschüsse für Betriebskosten. Dort werde es eine Erweiterung auf Vereine geben, die nichtkommunale Sportstätten gemietet haben. Außerdem gebe es eine geringe Erhöhung der Zuschüsse im Kinder- und Jugendbereich. Wenn die Stadträte die vorliegende Beschlussvorlage heute beschließen, beschließen sie das laufende Jahr. Diese habe auf die Förderrichtlinie keine Auswirkung.

Herr Eichelberg fragte hinsichtlich des Haushaltes und der eben angesprochenen dringenden Prioritätensetzung, ob sich die Stadt überhaupt noch Spitzensportförderung leisten kann oder ob man sich mit einem gut situierten Tochterunternehmen auseinandersetzen sollte, um den Spitzensport dort anzusiedeln. Von der SPD-Fraktion werden Anträge zum Haushalt kommen, insbesondere die Kinder betreffend, wie z. B. die Kinderspeisung. Man müsse nicht unbedingt Vorschläge zur Einsparung bringen, aber letztendlich muss ein genehmigungsfähiger Haushalt beschlossen werden. Er fragte nach anderen Möglichkeiten für den Handball. Der Handball ist zu unterstützen, davon sei er felsenfest überzeugt. Er schlug vor, die Stadtwerke zur Übernahme bestimmter Teile der Förderung zu kontaktieren.

Die Ausgaben aus der Richtlinie werden im Haushaltsentwurf abgebildet, es seien Mehraufwendungen für die erhöhte Förderung der Kinder, so **Frau Nußbeck**. Das sei der einzige fixe Bestandteil, so **Herr Dr. Reck**. Die Zuschüsse selbst werden über die zur Verfügung stehenden Mittel bestimmt und diese legen die Stadträte schließlich mit der Haushaltssatzung fest. Die Definition Spitzensport erfüllt in Dessau-Roßlau im Wesentlichen nur der Handball. **Frau Nußbeck** führte weiter aus, dass aus mehreren Gründen die Anregung, mit den städtischen Unternehmen in Kontakt zu treten, ins Auge gefasst werden sollte. **Der Oberbürgermeister** fügte hinzu, mit der Geschäftsführung bereits im Gespräch zu sein. **Herr Otto** bat darum, die Ausführungen erst im nichtöffentlichen Teil vorzunehmen. Es gebe diverse Möglichkeiten,

die bisher noch nicht genutzt wurden. **Herr Schönemann** verwies auf die Erfolge des Spitzensports, **der Oberbürgermeister** stimmte der Bedeutung des Handballs zu.

Herr Adamek fragte, ob er richtig annehme, dass sich die Förderung des DRHV komplett in der Sportförderrichtlinie wiederfindet oder ob es sonstige Zuschüsse aus dem Haushalt gibt. **Herr Dr. Reck** sagte erwidern, dass die Sportförderrichtlinie maximal 50 % Förderung im regulären Förderverfahren zulässt. Die Zuschüsse für den Handball seien immer separat in der Haushaltssatzung festgelegt, ansonsten würden die normalen Förderbedingungen gelten. Es könnte Projektförderung betrieben werden, wobei der DRHV eine Dauerinstitution ist, es könnten Investitionskosten- und ansonsten Betriebskostenzuschüsse gezahlt werden. Den Handball habe der Stadtrat durch die Haushaltssatzung immer zu 100 % mit einem fixen Betrag und einer Pauschale definiert. Demnach werde die Förderung aus zwei verschiedenen Töpfen erfolgen, sagte **Herr Adamek**. **Herr Dr. Reck** stellte klar, dass eine Doppelförderung ausgeschlossen ist. Der Handballverein, sowie Vereine anderer Sportarten, erhalten Betriebskostenzuschüsse über die Sportförderrichtlinie, aber die Pauschale für den Spitzensport könne nur ausgestellt werden, wenn sie im Haushalt zur Verfügung gestellt wird. Beim Handball sei es nach wie vor empfehlenswert, den Betrag klar zu definieren. Demnach wird in der Sportförderrichtlinie später klar definiert und differenziert zwischen Spitzensport und anderem, so **Herr Adamek**. Dies bestätigte **Herr Dr. Reck**. Es gebe neben der Sportförderrichtlinie außerdem die Werbevereinbarung, bei der jemand für die Stadt wirbt und dafür Geld erhält, so **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Die Werbevereinbarung war ein Sanierungsinstrument, stellte **Herr Dr. Reck** klar. Nun gebe es klar festgelegte Zuschüsse zur Förderung des Spitzensports i. H. v. 70.000 Euro und den Sonderzuschuss für die 2. Handballbundesliga i. H. v. 60.000 Euro. Beides zusammen würde unter dem Begriff Spitzensportförderung laufen, nur sei es nun noch klarer definiert. Er empfahl zu überlegen, wie viele Mittel für den Spitzensport zur Verfügung gestellt werden sollen. Wenn der Stadtrat die Summe x festlegt, könne auch nicht mehr ausgegeben werden. Der Verein brauche jedoch auch Planungssicherheit, gab der **Oberbürgermeister** zu bedenken. Er forderte einen fairen Umgang mit dem DRHV. **Herr Otto** erklärte, selbst bereits Sponsoren für den Verein zu suchen. Dabei habe er festgestellt, dass wieder eine Firma verkauft wurde, die bisher gesponsert hat. Die aufkaufende Firma stamme aus den USA und habe beim nächsten Besuch in Dessau-Roßlau dafür kein Gehör. Umliegende Firmen wie die IDT Biologika und die Bayer Bitterfeld GmbH verdienen zwar hier ihr Geld, beteiligen sich jedoch nicht an der Sportförderung. Die kleinen Firmen in Dessau-Roßlau, die den Spitzensport noch fördern, haben im Vergleich zu den vorgenannten kaum Aufträge. Der DRHV spiele schon so lange auf dem niedrigsten Kostenniveau. Wenn man die Spieler halten will, bis leistungsstarker Nachwuchs entwickelt wurde, was noch etliche Jahre dauert, müsse man etwas mehr Geld investieren. Ihm sei die Kalkulation der nächsten Saison bekannt. Der DRHV ist sich im Klaren, dass das Geld nicht von der Stadt kommen kann, aber dadurch entsteht dem Verein wieder ein Plus an Kosten neben den normalen Kosten, die sich ohnehin steigern. Auch der **Oberbürgermeister** gab an, einige Sponsoring-Absagen eingeholt zu haben, da die Betriebe fremdgesteuert sind. Alle großen Firmen, die es sich leisten können, halten sich bedeckt, sodass die Kosten an den kleineren Firmen hängen bleiben, deren Engagement er sehr hoch schätzt. Dennoch könne dies nicht der Normalzustand sein. Der Verein spielt mit weniger Etat als manch eine Mannschaft in der 3. Liga.

Herr Rumpf berichtete, dass in der letzten DRHV-Ausschusssitzung noch die Frage der beihilferechtlichen Einordnung offen war. Die Antwort sollte nach Auflösung des Ausschusses nachgereicht werden. Er fragte, ob diese nun vorliege. Inzwischen sei alles erledigt, so der **Oberbürgermeister**. Es gebe eine etwas ältere, externe Betrachtung und zwei relativ aktuelle, juristische Bewertungen, die das Thema sehr umfangreich von allen Seiten beleuchten. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass mindestens derzeit kein Verstoß gegen das Beihilferecht vorliegt. Man sei sich darüber einig, die weitere Entwicklung des Vereins im Auge zu behalten. Am letzten Wochenende sei der Verein auf dem 5. Platz gewesen. Glücklicherweise aus Sicht des Beihilferechtes hat der Verein verloren, damit er nicht zu sehr in den professionellen Bereich hineinkommt. Der DRHV musste verlieren, damit er nicht aufsteigt, warf **Herr Otto** ein. **Der Oberbürgermeister** gab an, dass keine Beeinträchtigung vorliegt; das sei nun auch juristisch aufgearbeitet worden. Seiner Erinnerung nach sei das Ergebnis vor einigen Monaten an den ehemaligen Vorsitzenden des DRHV-Ausschusses gesendet worden. **Frau Hartung, Leiterin des Referates des Oberbürgermeisters**, sprach von einer persönlichen Übergabe der Antwort in einer Stadtratsratssitzung. Sie bot Herrn Rumpf an, die Antwort zu übersenden. Auch an die anderen Mitglieder des zeitweiligen Ausschusses solle die Antwort gesendet werden, so der **Oberbürgermeisters**. Er halte das Ergebnis für wasserdicht, jedoch müsse man es immer im Auge behalten, zumal sich das Beihilferecht stets ändert.

Der Beschlussvorlage wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:02

8.4 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen von EUR 1.000,00 bis 50.000,00 für den Zeitraum 30.09.2017 bis 31.10.2017
Vorlage: BV/410/2017/II-EB

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.5 Entscheidung über Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG
Vorlage: BV/378/2017/IV-ATD

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.6 Anzeige von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungsangeboten für den Zeitraum vom 01.07.-31.07.2017
Vorlage: BV/322/2017/V-SKD

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.7 Verbesserung der Grünpflege
Vorlage: FV/009/2017/LBF/GR

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtete einfürend, dass es sich hierbei um eine von der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen eingereichte Beschlussvorlage handelt. Er bat den Fraktionsvorsitzenden um kurze Einführung.

Herr Dr. Melchior schilderte, dass der Zustand der Grünflächen und die öffentliche Diskussion dazu eine grundsätzliche Veränderung der Grünpflege notwendig erscheinen ließen. Der Zustand sei unbefriedigend, hinsichtlich des Erscheinungsbildes der Stadt bestehe Handlungsbedarf. Schuld daran sei zum einen der Stadtrat, da dieser zu wenig Mittel bereitgestellt hat. Einst habe Dessau mit dem Slogan „Stadt im Grünen“ geworben. Es möge ein Schriftstück erarbeitet werden, aus dem hervorgeht, was mit welchen finanziellen Mitteln erreicht werden kann und was für eine entsprechend qualitative Grünpflege notwendig ist. Herr Dr. Melchior bat um Prüfung, ob die Organisationsstrukturen sinnvoll sind – früher habe es ein Grünflächenamt gegeben, dieses möchte er nicht wiederbeleben, dennoch vernehme er beim Thema Grünpflege in Dessau-Roßlau stets, dass eine zentrale Stelle für die Planung und Qualität der Grünflächen eingerichtet werden müsse. Er stellte klar, dass er hiermit in keiner Weise den Stadtpflegebetrieb kritisieren will, sondern die Grünpflege seitens Politik und Verwaltung anders und einheitlich zusammengefasst werden soll. Seines Erachtens gehöre sie zum Bereich Stadtentwicklung.

Herr Oberbürgermeister Kuras wies daraufhin, dass diese Beschlussvorlage in seine Personalhoheit eingreift. Demnach könne im Moment keine Beschlussfassung über die Strukturänderung erfolgen. Er nehme es als Anregung auf, auch er sei mit dem Zustand der Grünflächen nicht immer einverstanden.

Herr Schönemann bedankte sich dafür, dass dieses Thema im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung ohne Schuldzuweisung aufgegriffen wurde.

Als Ortsbürgermeister von Kleinkühnau sehe er, dass die Stadt ihren Verpflichtungen nicht nachkommt. Andererseits kommen viele Bürger ebenfalls nicht ihren Pflichten nach. Es bedürfe einer konzeptionellen Neubetrachtung unter Einbeziehung der Beteiligten. Für die einzelnen Zonen müssen Qualitätsparameter festgelegt werden, geordnet nach der touristischen Wichtigkeit, damit der repräsentative Bereich in einem entsprechenden qualitativen Zustand ist. Zudem gebe es Bereiche, die aus objektiven Gründen nicht realisierbar sind, jedoch sei auch damit gestalterisch umzugehen, so Herr Schönemann. Der Eigenbetrieb solle – auch finanzielle – Unterstützung erhalten, das Zuständigkeitsgebiet sei sehr groß. Man müsse sich verständigen, auch eine breiter angelegte Diskussion unter Einbezug der Bevölkerung sei an-

gebracht, da daraus Akzeptanz für die entsprechende Lösung resultiert. Darüber hinaus sei man dann besser über die Zuständigkeiten und Möglichkeiten informiert. Die Problematik Laubentsorgung sei jahrelang großzügig mit einer Entsorgungsaktion begleitet worden. Meist werden die Laubhaufen nur zusammengekehrt und wieder durch den Wind verteilt. Dies verärgere die Bürger, daher bedürfe es deutlicher Entwicklungen und Informationen.

Herr Otto empfahl aufgrund der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst, sich auf Steuerungsaspekte zurückzuziehen, die Aufgaben an eine kleine, schlagkräftige Mannschaft zu verteilen und langfristige Verträge an Verwalter zu vergeben. So haben beide Seiten etwas davon und das Stadtbild verbessere sich. **Herr Oberbürgermeister Kuras** entgegnete, eine Organisationsveränderung allein sei nicht hilfreich genug. Die Verwaltungsspitze habe den Vorschlag in der OB-Dienstberatung bereits intensiv diskutiert. Frau Nußbeck sehe eher die Verbindung zum Stadtpflegebetrieb. Laut Frau Schlonski sei es für die Nutzungsplanung ein großer Vorteil, wenn die Kräfte verteilt werden. Die Wahrnehmung der Bevölkerung, dass vieles nicht in Ordnung ist, stimmt. Durch die vielen Sturmschäden habe der Stadtpflegebetrieb große Anstrengungen unternehmen müssen. Er selbst habe sich das Ausmaß im Georgengarten angesehen, dort sei ihm aber auch eine starke Verschmutzung durch Müll aufgefallen. Dies liege nicht in der Verantwortung des Stadtpflegebetriebes, sondern der Bürger und erfordere unglaubliche Anstrengungen für den Eigenbetrieb. Wenn die Aufgaben weiter verstreut werden, sei eine Erhöhung der finanziellen Mittel unabdingbar. Man solle nicht mehr den Anspruch haben, alles selbst machen zu wollen. Herr Krause und der Oberbürgermeister haben in der Trägerversammlung des Jobcenters immer wieder nach ausreichend Arbeitsgelegenheiten (AGH) gefragt. Es scheint für den Stadtpflegebetrieb eine Hilfe zu sein, auch wenn es oftmals an den erforderlichen Befähigungen mangelt.

Herr Eichelberg befürwortete die Einbringung dieser Thematik, jedoch sollte man vorsichtig sein, der Diskussion schon vorzugreifen. In manchen Tochterunternehmen, in denen Aufgaben nach außen verlagert wurden, seien die Kosten zu stark gestiegen. Fachkräfte erhalte man nur durch Zahlung anständiger Löhne.

Herr Dr. Melchior gab an, die Vorlage auch deshalb eingebracht zu haben, weil es notwendig und dringlich scheint, dass in 2018 schnell etwas verändert wird, damit es zum Bauhaus-Jubiläumsjahr 2019 in Ordnung ist. Dem stimmte **Herr Otto** zu.

Frau Nußbeck gab an, vorbereitet zu sein, der erste Aufschlag stehe in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses an. Die Kürzung von 50.000 Euro wurde für den Haushaltsentwurf 2018 zurückgenommen. Zudem seien weitere 140.000 Euro Personalkosten für die Betreuung der AGH-Maßnahmen eingeplant worden. Grundsätzlich müssen Prioritäten gesetzt und Gebiete definiert werden. Man dürfe nicht nur auf 2019 blicken, sondern müsse langfristig denken. Durch den Stadtbau seien mehr Flächen entstanden. Dort, wo die Priorität nicht am höchsten liegt, müsse pflegearm gestaltet werden. Dies sei nur durch bestimmte Umgestaltungen im Rahmen des Investitionshaushaltes möglich. Beispielsweise sei der oft loblich hervorgehobene Kreis in Meinsdorf pflegearm. Man solle beim Prüfauftrag mit einer Schnittstellen- und Störanalyse beginnen. Es gebe bereits Vorschläge für eine Umstrukturierung. Für die Dinge, die im Haushaltsentwurf 2018 noch nicht berücksichtigt wurden, müsse eine Prioritätenliste erstellt werden.

Herr Oberbürgermeister nannte die Waldsiedlung in Kochstedt beispielhaft für eine pflegeintensive Grünpflegeplanung. Er vermutete, dass zunächst viele Mittel über das Konversionsprojekt vorhanden waren. Doch bereits in den ersten Jahren zeich-

nete sich ab, dass der Aufwand nicht leistbar ist. Man habe dann eine Umgestaltung vorgenommen und einen vertretbaren Aufwand erreicht. Dies sei auch das Ziel für andere Grünflächen.

Herr Schönemann legte dar, es sei wichtig, die Bereitschaft der Bürger zu wecken, sich in die Grünpflege einzubinden.

Herr Oberbürgermeister Kuras gab abschließend an, den Prüfauftrag mitzunehmen und zu gegebener Zeit unaufgefordert zu berichten.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.8 Bürgerbefragung zur Umbenennung der Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: BV/417/2017/I-OB**

Herr Oberbürgermeister Kuras gab einleitend an, die Beschlussvorlage erarbeitet zu haben, da aus dem Stadtratsbeschluss FV/002/2017/StR interpretiert werden kann, dass es seine Aufgabe ist. Er werde jedoch gegen die Vorlage stimmen.

Er nannte nochmals die wesentlichen Punkte des Ausgangsbeschlusses:

- Durchführung von zwei öffentlichen Informationsveranstaltungen in Dessau und in Roßlau
Ist erfolgt.
- Bewertung des Positionspapiers des Ortschaftsrates Roßlau durch das Rechtsamt
Ist erfolgt.
- Auswertung der Veranstaltungen im November
Dies erfolgt nun.
- Erarbeitung eines Informationspapiers
Davon habe er zunächst Abstand genommen, weil er die heutige Diskussion und Beschlussfassung abwarten wollte.

Der Oberbürgermeister fragte nach dem Ergebnis der Veranstaltungen, aus seiner Sicht war es ein relativ klares. Am Ende wolle er einen Vorschlag unterbreiten, um die Angelegenheit möglichst zu beenden, ohne dass jemand sein Gesicht verliert.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, sagte, dass die beiden Veranstaltungen ihren Zweck gut erfüllt haben, zum einen als Bürgerinformation und zum anderen als Information der Stadträte über die Stimmung und das Meinungsbild in der Doppelstadt. Aus Sicht der Fraktion waren das Interesse am Thema und die Zahl der teilnehmenden Bürger in Dessau gering. Die Menge derer, die beim Namen Dessau-Roßlau bleiben wollen, überwog. Im Stadtteil Roßlau waren das Interesse und die Teilnehmerzahl sehr groß. Die Roßlauer äußerten sich ausnahmslos für die Beibehaltung des Stadtnamens. Fragen nach der Notwendigkeit und dem Nutzen einer Namensänderung konnten bei beiden Veranstaltungen nicht konkret beantwortet werden, stattdessen wurden Worthülsen wie „Mit dem Namen Bauhausstadt Dessau soll der letzte Strohalm ergriffen werden, der den Niedergang der Stadt beendet.“

oder dass andernfalls die Stadt mit dem Namen Dessau-Roßlau nur weiter vor sich hinvegetiert, geäußert. Die Debatte um den Stadtnamen sei Aktionismus diverser Stadträte und stamme nicht aus der Bevölkerung. Eine Änderung des Namens hätte keinen nennenswerten Nutzen, sondern spaltet die Bürgerschaft und birgt nicht zu verantwortende Risiken und die Gefahr des Verlustes der Kreisfreiheit mittels neuer Gebietsreform. Die Fraktion lehnt die Umbenennung einschließlich der Durchführung einer Bürgerbefragung ab.

Herr Schönemann bezeichnete die Vorlage als stringente Erfüllung des Ratsbeschlusses.

Er fragte, ob die Gründung der Freien Fraktion Dessau-Roßlau legitimiert, d. h. schriftlich im Stadtratsbüro angezeigt wurde. Dies bejahte **Frau Hartung, Leiterin des Referates des Oberbürgermeisters**. **Herr Schönemann** forderte Einsicht in das Gründungsprotokoll.

Im Hinblick auf die vergangenen Veranstaltungen sagte er, allgemein sei es so, dass die Gegner meist die Lautesten sind und die Befürworter etwas ruhiger. Insofern sei der Lauteste nicht immer der, der Recht hat. Auch die Art der Informationen, sowie die Drohung des Ministerpräsidenten, für welche er nach wie vor keine rechtliche Grundlage sehe, haben ihm missfallen.

Bei seiner Erklärung des Nutzens habe er sich Gedanken gemacht: eine Stadt bestimmt sich neu in der Orientierung, etwas anders zu machen wie bisher und versucht ihre Chancen zu verbessern. Dies könne kein Grund für eine Intervention der Landesregierung, schon gar nicht eines Ministerpräsidenten, sein. Die Intention der Änderung des Stadtnamens zum Anlass für eine Gebietsreform zu nehmen, betitelte Herr Schönemann als Armutszeugnis. Er hätte sich eine vermittelnde Rolle vom Ministerpräsidenten gewünscht, so wie sie der Oberbürgermeister eingenommen hat.

Anhand der Diskussion, auch mit dem Ortschaftsrat Roßlau, war erkennbar, dass der Stadtname nicht verhandelbar ist. Herr Adamek habe versucht, Konsens zu erreichen, jedoch wurde er nach drei Tagen in der Mitteldeutschen Zeitung hart angekündigt. Fraglich sei, ob der Kompromiss Dessau, der einst im Haupt- und Personalausschuss entstanden ist, eine Option ist. Ansonsten stehe die Fraktion hinter dem Namen „Bauhausstadt Dessau“. Permanent werde interveniert, dass es keinerlei Konzeption gibt – dies sei nicht richtig. Zur Vorbereitung des Bauhausjubiläums wurde ein Arbeitskreis gegründet und maßgebliche Bausteine des Masterplanes Bauhausstadt werden realisiert. Man sei mit dem Bau des Bauhaus-Museums und den weiteren Entwicklungen auf das Jubiläum hin auf einem äußerst guten Weg. Wenn es zur Abstimmung kommt, ob die Bürgerbefragung durchgeführt werden soll, werde sich die Fraktion Die Linke für „Bauhausstadt Dessau“ entscheiden.

Herr Adamek kritisierte, dass die Urinitiatoren der Stadtnamensdiskussion wenig initiiert haben, so sollten beispielsweise Veranstaltungen des WIC durchgeführt werden, welche enttäuschender Weise nicht stattgefunden haben. Demzufolge habe es auch keine richtige Planung gegeben, außer der, die letztendlich im Stadtrat beschlossen wurde. Er habe den ureigenen Nutzen der Umbenennung auch während der beiden Veranstaltungen nicht erfahren können. Herr Dr. Krüger habe in der Marienkirche gesagt „Seien Sie selbstbewusst!“ – die Stadt sollte selbstbewusst sein und selbstbewusst damit umgehen, was sie hat. Der Masterplan Bauhausstadt sei nicht der erste und auch nicht der letzte Beschluss, der nicht umgesetzt wird. In der Fraktion seien die Kosten einer Bürgerbefragung von schätzungsweise 400.000 Euro eruiert worden. Daher sei er eher für eine Stadtmarke als für einen neuen Stadtna-

men. Die CDU-Fraktionsmitglieder sind einstimmig gegen eine Änderung des Stadtnamens.

Herr Eichelberg sagte im Namen der SPD-Fraktion, nach wie vor einen Nutzen in der Umbenennung zu sehen, da das Bauhaus weltweit namhaft ist. Wenn es zur Abstimmung kommt, sei die Fraktion für „Bauhausstadt Dessau“. Es müsse mehr Aufklärung bei den Bürgern durchgeführt und den Bürgern nahegebracht werden, was Bauhausstadt bedeutet. Dies ist bedauerlicherweise zu kurz gekommen. Trotzdem sei es eine riesige Chance für die Stadt und werte sie mittelfristig auf.

Herr Dr. Melchior gab im Namen seiner Fraktion an, den Prozess kritisch begleitet zu haben und im Ergebnis fast einstimmig für den Abbruch des Prozesses zu sein. Man sehe keine Chance in der Umsetzung. Entscheidend seien nachvollziehbare Begründungen für die Erforderlichkeit der Umbenennung. Diese fehlen bis heute. Die Ergebnisse der Veranstaltungen waren relativ eindeutig, es gab fast keine Zustimmung zur Namensänderung. Er könne sich nur an einen Zuspruch in der Marienkirche in Dessau erinnern. Daher sah er keinen Erfolg in der Umbenennung. Der Masterplan sei zu einer Zeit beschlossen worden, in der über andere Marketingmaßnahmen nicht nachgedacht wurde. Derzeit bestehe in der Hinsicht eine ganz andere Situation, sodass eine Umbenennung nicht erforderlich ist. Die Spaltung der Stadt, die sich abgezeichnet hat, sehe er nicht als aufhebbar. Daher lehnt die Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen sowohl die Bürgerbefragung als auch die Umbenennung ab.

Herr Otto schilderte, dass die Fraktion Pro Dessau-Roßlau überzeugt ist, mit „Bauhausstadt Dessau“ ein Markenzeichen zu haben, mit dem die Stadt mittel- und langfristig erfolgreich wäre. Aber als Herr Grünthal dazu animiert hat, ein Votum abzugeben, sei von der Wirtschaft nichts gekommen. Die beiden Veranstaltungen werte die Fraktion allgemein ebenso wie die anderen Fraktionen. Außerhalb der Veranstaltungen sei oft die Frage aufgekommen, ob die Stadträte keine anderen Probleme als den Stadtnamen haben. Deshalb ist die Zeit nicht reif; das angefangene Vorgehen war kontraproduktiv, weil es nicht entsprechend vorbereitet war. Der Umgang mit dem Ergebnis einer Bürgerbefragung sei in diesem Gremium bis heute nicht diskutiert worden. Herr Otto plädierte für eine sofortige, offensive Werbung für „Bauhausstadt Dessau“. „Bauhausstadt im Gartenreich“ hat es bereits gegeben, die Bauhausstadt solle gelebt werden, dann solle die Zukunft entscheiden, ob und wie die Bürger eine Änderung wollen.

Herr Oberbürgermeister Kuras ergänzte, dass er nicht denkt, die Initiatoren seien gegen die Stadt, stattdessen handle es sich um ein Ringen um den besten Weg. Das Bauhaus ist das Alleinstellungsmerkmal der Stadt – will sie erfolgreich sein, so müsse genau dieser Gedanke zu Ende geführt werden. Darin bestehe Konsens. Wenn die Änderung des amtlichen Namens dazu führt, dass die Stadt zerfällt, – und so habe er es erlebt – habe es in der Tat keinen Sinn, den Weg weiter zu verfolgen. Auf die Frage der Wichtung der Stimmen von Dessau und Roßlau habe er keine konkrete Antwort, es wäre eher auf den vom Ministerpräsidenten Herrn Reiner Haseloff angesprochenen Minderheitenschutz hinausgelaufen, sodass man gegen den Willen eines kompletten Stadtteils keine Namensänderung durchführen kann. Auch er habe von vielen einfachen Bürgern die Frage gehört, ob der Stadtrat nichts anderes zu tun hat und was er da tut. Deswegen ist er für den Abbruch und gegen eine Anhörung.

Seines Erachtens war die Ablehnung bei beiden Veranstaltungen, Leserbriefen usw. deutlich zu sehen. Man würde den Bürgern auf die Nerven gehen, wenn man weitermachen würde, in dem Wissen, dass es überwiegend abgelehnt wird. Aber natürlich müsse weiter an dem Bauhaus-Gedanken und dem Jubiläum gearbeitet werden. Insbesondere die Fraktion Die Linke hat darauf hingewiesen, dass die Wirtschaftsverbände großes Interesse haben, den Gedanken weiterzuführen. Die Stadtmarketinggesellschaft sei auf einem guten Weg. Ursprünglich hatte er vor, private Gesellschafter mit in die Stadtmarketinggesellschaft zu nehmen. Da es BGH-Urteile gibt, die eine Ausschreibungspflicht vorsehen, habe er diesen Gedanken nicht weiter verfolgt. An Halle (Saale) sei zu erkennen, dass die Einbindung privater Gesellschafter auch Schwierigkeiten bringen kann. Daher wollte er einen unverbindlichen Marketingbeirat gründen, sodass die Mitglieder nicht im Sinne von Gesellschaftern Mitspracherecht haben, sondern in erster Linie beraten. Dies sei laut GmbH-Gesetz möglich. Er würde die Wirtschaftsvertreter, die den Bauhaus-Gedanken auch leben wollen, in einen solchen Beirat hineinnehmen, sodass nicht mehr die Änderung des amtlichen Namens betrieben, sondern der Bauhaus-Gedanke vorangetrieben wird. Es sei nun an der Zeit private Gesellschafter einzubinden, um ihnen auch die Hand zu reichen. Das Bauhausjubiläum laufe auf Hochtouren, man habe sich in der Kuratoriumssitzung über gemeinsame Projekte geeinigt. Die Stiftung Bauhaus Dessau erhält vom Land erhebliche Mittel für die erste Ausstellung, aber auch Personal für die Vorbereitung des Jubiläums. Man sei weiter, als es nach außen hin scheint. Die Veranstaltungen der Stiftung sind sehr intellektuell und ambitioniert. Aufgabe der Stadt sei es, den Bauhaus-Gedanken in die Sprache der Bürger zu übersetzen und zu zeigen, was einen daran so stolz macht. Das Jubiläum werde in enger Zusammenarbeit mit der Stiftung begangen. Die Fraktion Die Linke hatte zudem vorgeschlagen, ein Zukunftsforum zu veranstalten. Man sei in den letzten Zügen der Aufstellung des gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzeptes. Das Forum wäre auch eine Art Beirat. Der Förderzeitraum für die Maßnahmen laufe nun ab. Das Abschlussgespräch sei für Dezember terminiert, ergänzte **Herr Dr. Reck**.

Man müsse das Vertrauen der Wirtschaft herstellen sowie deren Ideen und Kapital nutzen, so der **Oberbürgermeister** weiter. Für die nächsten Jahre würde er die Diskussion um den Stadtnamen gern beenden. Man nennt sich bereits „Bauhausstadt Dessau“.

Herr Schönemann sieht das Selbstbewusstsein der Dessauer problematisch und wünscht sich mehr Mut. Hinsichtlich des Zukunftsforums gebe es ein klares Bekenntnis des Herrn Dr. Holzmann, Vizepräsident des Umweltbundesamtes, die Stadt dabei nicht nur ideell, sondern auch personell zu unterstützen. Wichtig sei, Vereine einzubinden. **Der Oberbürgermeister** beschwichtigte, dass man dies vorhabe und auch im Konzept verankert hat. Ihn habe erschrocken, dass so ein schlechtes Bild von der Wirtschaft besteht, welches auch nicht mehr stimmt. Mehrere Bürger haben sich beklagt, in Dessau-Roßlau gebe es keine Arbeitsplätze. Tatsache ist, es gibt viel Arbeit, es mangle aber an den passenden Arbeitskräften. Deswegen sei es wichtig, das Image der Stadt auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu verbessern. Man binde derzeit das Standortmarketing stärker in die Stadtmarketinggesellschaft ein, was personell und finanziell anspruchsvoll sei. Die Gesellschaft veranstaltet im Dezember einen Rückkehrertag. Die Expo Real sei gemeinsam bestritten worden. Man müsse mehr in die Öffentlichkeit gehen.

Herr Dr. Melchior erklärte, die Stadt müsse Leute aus der Umgebung als Bürger gewinnen. Dazu brauche es ein Gesamtkonzept, hinzu gehören Wohnungen, Kultur und dergleichen. **Herr Oberbürgermeister Kuras** fügte hinzu, dass es viele Pendler gebe, für die es sich zu kämpfen lohnt. Herr Haseloff habe einst gesagt, die Stadt müsse die Fachkräfte von der Autobahn zurückholen.

Herr Schönemann gab an, hinsichtlich des Zukunftsforums nicht auf eine Bürgerbefragung verzichten zu wollen. Damit ist keine Anhörung, sondern eine allgemeine Einbeziehung gemeint, stellte der **Oberbürgermeister** klar. Man habe mit dem Format Stadtgespräch bei der Bevölkerung gut gepunktet. Dies solle fortgesetzt werden. Er empfahl, gegen die Beschlussvorlage zu stimmen. **Herr Rumpf** schlug vor, sie zurückzuziehen. **Herr Schönemann** gab an, die Vorlage nicht ablehnen zu wollen, sie solle abgestimmt werden. **Herr Oberbürgermeister Kuras** entgegnete, die Vorlage zur Abstimmung stellen zu werden und eine Art Änderungsantrag zu stellen, als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtmarketinggesellschaft beauftragt zu werden, Verbindung mit der Wirtschaft aufzunehmen, um den Beirat einzurichten. Das gesamtwirtschaftliche Zukunftskonzept solle mit einem Zukunftsforum verbunden werden. **Herr Dreibrodt** schlug vor, die Vorlage abzustimmen, wie sie ist. Der Vorschlag des Oberbürgermeisters könne dann im Anschluss abgestimmt werden.

Herr Eichelberg fragte, ob nun die Vorlage mit „Dessau“ oder „Bauhausstadt Dessau“ abgestimmt wird. **Herr Adamek** entgegnete, dass „Bauhausstadt Dessau“ nicht Thema der Veranstaltungen war. **Herr Schönemann** schlug vor, sich zunächst zur Frage zu verständigen und dann abzustimmen, ob eine Befragung durchgeführt wird. **Herr Adamek** schlug vor, dass der Oberbürgermeister die Vorlage als Einreicher zurückzieht. **Der Oberbürgermeister** erwiderte, das Thema gern ausdiskutiert zu wissen und die Beschlussvorlage nicht einfach leise zurückziehen zu wollen. **Herr Dr. Melchior** plädierte für eine Abstimmung, im Anschluss solle diskutiert werden, ob die Vorlage in den Stadtrat weitergehen soll. **Herr Adamek** wies darauf hin, dass es bis zu dieser Sitzung aktenlagig nicht um die „Bauhausstadt Dessau“ ging, sondern in allen Beschlussvorlagen nur um den Stadtnamen „Dessau“. In der Theorie sei es anders gewesen, so der **Oberbürgermeister**. **Herr Rumpf** pflichtete Herrn Adamek bei, daher sei der Vorschlag von Herrn Dreibrodt nicht richtig. Zunächst müsse klar sein, worüber abgestimmt wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras fragte zunächst ab, wer für den Stadtnamen „Dessau“ ist. Es wurde nur der Beschlusspunkt 4 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 01:09:00

Die Umbenennung in „Dessau“ wurde mehrheitlich abgelehnt.

Im Folgenden wurde der Beschlusspunkt 4 mit der Variante Umbenennung in „Bauhausstadt Dessau“ abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 04:05:01

Die Umbenennung in „Bauhausstadt Dessau“ wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend stellte der Oberbürgermeister die Gesamtvorlage zur Abstimmung, d. h. die Durchführung einer Bürgerbefragung.

Herr Pätzold und **Herr Schönemann** gaben an, dass sich diese Abstimmung durch die vorherige erledigt hat. Beide waren für eine Befragung.

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 03:06:01

Herr Oberbürgermeister Kuras kündigte an, seinen Vorschlag nicht in einen Beschluss fassen zu werden, sondern als Prüfauftrag mitzunehmen.

Herr Dr. Melchior forderte, dass die Beschlussvorlage in der kommenden Stadtrats-sitzung vom Einreicher zurückgezogen wird, da sie bereits auf der Tagesordnung steht.

Im Anschluss eröffnete der **Oberbürgermeister** eine **Pause (18:41 bis 18:54 Uhr)**.

Im Nachhinein stellte er die **Nichtöffentlichkeit** her.

13 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Kuras schloss die Sitzung um 19:19 Uhr.

Dessau-Roßlau, 17.01.18

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

S. Kahl
Schriftführerin